

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron stellte seine Vision von Europa in Straßburg vor

„Auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel wünsche ich mir das“

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat in Straßburg vor uns EU-Abgeordneten zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen und für seine europapolitischen Reformideen geworben.

Zwar bin ich nicht mit jedem Vorschlag, den er in den Raum gestellt hat, einverstanden. Aber wenigstens macht Macron Vorschläge! Denn wenn es die nicht gibt, haben wir auch nichts, worüber wir diskutieren können! Es gefällt mir sehr, mit welcher Energie und wie kontinuierlich sich Macron zu Europa äußert. Er ist übrigens bisher der Einzige, der sich einen ganzen Vormittag lang den Diskussionen und Fragen der EU-Abgeordneten gestellt hat. Die meisten Regierungschefs, die bei uns auftauchen,

halten ihre Rede und sind dann wieder weg. Macron hat sich drei Stunden für den Dialog mit uns Zeit genommen, das rechne ich ihm hoch an. Nach uns hatte er noch ein Treffen mit Bürgern im Provinzstädtchen Epinal hier ganz in der Nähe. Die Veranstaltung trug den Titel „Welches Europa wollen Sie?“. Ich finde es toll, wie engagiert Macron die Zukunftsdebatte zur EU angeht und dafür auch ganz bewusst die Nähe der Bürger sucht.

Auch von Angela Merkel würde ich mir wünschen, dass sie noch in diesem Jahr zu uns ins Europäische Parlament kommt und ihre Vision von der Zukunft Europas vorträgt. Schließlich reden wir immer vom deutsch-französischen Motor, da wäre es nur angebracht, wenn auch Deutschland bei uns in Straßburg „Flagge zeigt“.

Neues KMU-Instrument des Europäischen Innovationsrats (European Innovation Council, EIC)

KMU-Instrument des EIC ist ab sofort themenoffen

19 deutsche Unternehmen profitieren bereits von den neuen Stipendien des Europäischen Innovationsrats.

Dazu gehören das Berliner Unternehmen Natural Dental Implants mit neuen Methoden beim Zahnersatz, die Firma TAWNY in München mit einem Projekt zur Empathie bei künstlicher Intelligenz oder die Groschopp AG im nordrheinwestfälischen Viersen mit einem Projekt zur elektrischen Antriebstechnik.

Das Förderinstrument für KMU richtet sich ausschließlich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Wachstumspotenzial, einer Idee mit hohem Marktpotenzial und Innovationsgrad sowie europäisch und international aus-

gerichteter Geschäftstätigkeit. Verfolgt wird dabei – anders als beim bisherigen KMU-Instrument – ein komplett themenoffener Ansatz. Neben technologischen können auch nicht-technologische Innovationen, wie zum Beispiel soziale Innovationen oder Innovationen im Dienstleistungssektor, unterstützt werden.

Antragsberechtigt sind ausschließlich gewinnorientierte KMU, die die KMU-Kriterien der EU erfüllen und ihren Sitz in den Mitgliedstaaten oder an Horizont 2020 assoziierten Ländern haben. Eine Unterstützung durch Forschungseinrichtungen, Hochschulen oder größeren Unternehmen ist bei guter Begründung als Unterauftragnehmer möglich. In Deutschland berät die Nationale Kontaktstelle EIC bei der Antragstellung: <https://bit.ly/2JbgNLI>

Aus dem Europäischen Parlament

Klimaschutz in der EU

„Starre Renovierungsvorgaben haben wir verhindern können“

Für die Sektoren außerhalb des EU-Emissionshandels für Industrie und Luftverkehr wird es künftig nationale Klimaschutzziele nach einem System der fairen Lastenverteilung geben.

Damit sollen die Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens für die EU insgesamt erreicht werden. Zu diesen Sektoren gehören der Verkehr, die Landwirtschaft, das Bauwesen und die Abfallwirtschaft. Diese machen derzeit ungefähr 60 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU aus. Vergangene Woche haben wir neue Standards verabschiedet, über die mit den nationalen Regierungen bereits Einigkeit besteht. Für Deutschland gilt demnach ein Einsparziel für 2030 von 38 Prozent gegenüber 2005. Die Möglichkeit eines gewissen Ausgleichs zwischen den Mitgliedstaaten zum Zwecke der Flexibilität ist vorgesehen. Diese Flexibilität war mir und meiner Fraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP), besonders wichtig, damit die ehrgeizigen Ziele auch praxisgerecht bleiben.

Für den Gebäudesektor, dem europaweit etwa 40 Prozent des Energieverbrauchs zugerechnet werden, ist eine Langzeitstrategie für energetische Sanierungen bis 2050 vorgesehen. Die Mitgliedstaaten sollen selbst entscheiden, welche Maßnahmen sie ergreifen. Thermostatventile, in Deutschland längst Standard, werden künftig EU-weit Pflicht. Für Neubauten müssen bei Stellplätzen Ladestationen für E-Autos installiert oder zumindest vorverkabelt werden. Starre Renovierungsvorgaben, wie von Sozialdemokraten und Grünen zunächst gefordert, hätten allein für öffentliche Gebäude in Deutschland eine Mehrbelastung für die Kommunen in Höhe von sechs Milliarden Euro bedeutet. Zum Glück haben wir dieses unbezahlbare Experiment auf dem Rücken von Hauseigentümern sowie Städten und Gemeinden verhindern können.

Beide Gesetze müssen noch formal vom EU-Ministerrat (also den zuständigen 28 nationalen Ministern) unterschrieben werden, bevor sie in Kraft treten können.

Geldwäsche-Bekämpfung

Erstmals Zugang zu wahren Eigentümern von Unternehmen

Jeder Bürger kann in Zukunft Informationen über die tatsächlichen Eigentümer der in der EU tätigen Unternehmen abrufen. Diese Idee ist Teil der umfassenden fünften Aktualisierung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung der Geldwäsche. Vergangene Woche haben wir in Straßburg darüber abgestimmt. Ich bin mir sicher, dass auch der EU-Ministerrat (das zweite Legislativorgan der EU) mit unserem Vorschlag einverstanden sein wird. Damit

erhält die Öffentlichkeit erstmals Zugang zu Daten über die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen – ein Schritt, der darauf abzielt, die undurchsichtigen finanziellen Regelungen beziehungsweise die wahren Hintermänner hinter Briefkastenfirmen auszumachen. Weitere Aktualisierungen sind eine stärkere Regulierung virtueller Währungen wie Bitcoins und der Schutz von Informanten („Whistleblower“), die Geldwäscheaktivitäten melden.

One Sky Flags: Für ein Projekt sucht die Künstlerin Yvonne Lee Schultz Kinder zwischen 9 und 14 Jahren, die den Himmel in den 28 EU-Mitgliedstaaten fotografieren. Ihr Kunstwerk heißt „One Sky Flags“ und soll Bilder von Frieden und Freiheit wecken, die Phantasie anregen sowie ein Symbol für Weltoffenheit sein. „One Sky Flags“ sind Fahnen, die den Himmel zeigen: In allen 28 Ländern der EU fotografieren Kinder den Himmel über sich, von den Fotos werden für jedes Land je eine Fahne hergestellt. Die 28 One Sky Flags werden vom 11. Juni bis 6. Juli vor dem EU-Parlament in Straßburg wehen. Nimm auch du an dem Projekt teil und gib deinem Foto die Chance, zur Himmelsflagge deines Landes zu werden! Mehr Infos unter: <http://www.yvonneleeschultz.com/onesky/>

Aus dem Europäischen Parlament

Transfer von Kindergeld-Leistungen: Solidarität und Gerechtigkeit haben nichts mit Gleichmacherei zu tun!

„Wir brauchen eine klar festgelegte Indexierung“

Die Europäische Union ist eine Solidargemeinschaft, in der es um Gerechtigkeit gehen muss, nicht um Gleichmacherei und exportierte Diskriminierung!

Unser Solidarsystem ist auf der Welt einzigartig und macht die Europäische Union unter anderem so großartig. Nur ist es auch unglaublich wichtig, dass eine Solidargemeinschaft immer so gerecht wie möglich gestaltet wird. Wenn nun ein Arbeitnehmer aus Rumänien in Deutschland Geld für seine in Rumänien lebenden Kinder („Kindergeld“) bekommt, dann muss sich dieses an den Lebenshaltungskosten in Rumänien orientieren. Sonst exportieren wir Diskriminierung: Warum sollte ein rumänisches Kind, dessen Eltern(teil) in Deutschland arbeitet, ein vielfaches Kindergeld erhalten, wie das Nachbarskind, dessen Eltern(teil) zuhause in Rumänien arbeitet? Zugegeben, es ist besonders schwierig, Sozialleistungen zu bewilligen, die von einem Mitgliedstaat in einen anderen fließen sollen. Aber diese Mühe müssen wir uns

machen, um Ungerechtigkeit zu vermeiden. Momentan diskutieren wir intensiv über eine Kindergeldindexierung (Anpassung an die Lebenshaltungskosten). Nach geltendem EU-Recht werden einem EU-Ausländer, der beispielsweise in Deutschland arbeitet, dessen Kinder aber in einem anderen Mitgliedstaat leben, die Differenz zwischen dem deutschen Kindergeld und dem aus ihrem Heimatland überwiesen. So manches Land zahlt aber an Kinder, deren Eltern(teile) in einem anderen EU-Land arbeiten, überhaupt kein Kindergeld. Da haben wir die volle Transfer-Union! Meiner Meinung nach brauchen wir deshalb eine klar festgelegte Indexierung, die sich an den Lebenshaltungskosten der jeweiligen Mitgliedstaaten orientiert.

Schließlich will keiner bestreiten, dass wir in Osteuropa wesentlich geringere Lebenshaltungskosten als zum Beispiel in Dänemark, Luxemburg oder Frankreich haben. Aus diesen Gründen setze ich mich, gemeinsam mit meinen Kollegen aus dem Sozialausschuss, für eine gerechtere Lösung für alle Mitgliedstaaten innerhalb der EU ein.

Ökolandbau

Importierte Bioprodukte müssen künftig strenge EU-Normen erfüllen

Ab Januar 2021 wird es neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Bioprodukten geben. Die Neufassung der EU-Verordnung über den Biolandbau, auf die sich die Verhandlungsführer des Parlaments und der EU-Regierungen bereits im Juni 2017 geeinigt hatten, soll die Kontrollen entlang der Lieferkette verbessern und sicherstellen, dass alle importierten Bioprodukte den strengen EU-Normen entsprechen.

Außerdem soll sie Kleinerzeugern eine Gruppensertifizierung ermöglichen (die ihnen Zeit und Geld beim Umsatz

teln auf ökologischen Landbau spart) und das Angebot an Saatgut und Tieren aus ökologischer Produktion erhöhen. Wie in der Vergangenheit können die Mitgliedstaaten für ihre Landwirte Grenzwerte für die Belastung von Bioprodukten mit Pestiziden einführen. Gemischte landwirtschaftliche Betriebe, das heißt solche, die sowohl konventionelle als auch biologische Lebensmittel erzeugen, dürfen weiterhin auf die gewohnte Weise arbeiten, vorausgesetzt, dass der konventionelle Landbau klar und deutlich vom ökologischen Landbau getrennt und unterschieden wird.

Warnung vor sinkenden Impfquoten: Das EU-Parlament hat sich vergangene Woche besorgt über den Rückgang der Impfquoten in der EU geäußert. In einer Entschließung haben wir die EU-Kommission aufgefordert, Maßnahmen gegen die weitverbreitete Impfskepsis zu ergreifen, die bereits zu vermeidbaren Masern-Ausbrüchen geführt hat. Allerdings soll den Mitgliedstaaten im Sinne der Subsidiarität weiterhin überlassen sein, verpflichtende Impfungen einzuführen. Dieses Anliegen war meiner Fraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP), besonders wichtig.

Thüringer Europafest im Greizer Schlossgarten am 5. Mai

Interessantes Bühnenprogramm mit Diskussion, Musik und Tanz

Im Rahmen der Europawoche 2018 findet das diesjährige Thüringer Europafest in Greiz statt.



Deutschland ist das einzige Land in Europa, das jährlich rund um den Europatag der Europäischen Union am 9. Mai eine Europawoche als eigene Form der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit durchführt. Am 9. Mai 1950 unterbreitete Robert Schuman, damaliger französischer Außenminister, seinen Vorschlag für ein Vereintes Europa als unerlässliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Dieser Vorschlag, der als "Schuman-Erklärung" bekannt wurde, gilt als Grundstein der heutigen Europäischen Union.

Im Rahmen der Europawoche 2018 findet das diesjährige Thüringer Europafest am 5. Mai in Greiz vor dem Unteren Schloss statt. Von 10 bis 17 Uhr erwartet Sie ein interessantes Bühnenprogramm mit Diskussionen, Musik und

Tanz. Ein buntes Kinderprogramm wird ebenso geboten wie Informationsstände zu aktuellen europapolitischen Fragen, zum Brexit, zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, zum Zusammenhalt in Europa sowie den Werten und Ideen, die Europa tragen. Zahlreiche Vereine und Verbände präsentieren ihre Arbeit. Besonders ans Herz legen möchte ich jungen Menschen das Gespräch zum Thema „Wege ins Ausland für Jugendliche“ um 14 Uhr. Unter anderem werden Heinz Hoffmann vom Europäischen Informationszentrum Erfurt sowie Andreas Jörk, Mobilitätsberater der Handwerkskammer Gera, ihr Wissen beisteuern. Auch mich können Sie auf dem Fest antreffen. Von 11:15 Uhr bis 11:35 Uhr werde ich mich – gemeinsam mit meinen beiden Abgeordneten-Kollegen Gabriele Zimmer und Jakob von Weizsäcker an der Podiumsdiskussion „Europa in den Schlagzeilen“ beteiligen. Davor und danach gibt es mit Sicherheit die Möglichkeit für persönliche Gespräche. Ich freue mich, wenn Sie mich ansprechen!

De-Minimis-Beihilfen im Rahmen der Mautharmonisierung

Auch Umrüstung von Diesel-Lkw zum Elektro-Lkw ist förderfähig

2017 sind die De-Minimis-Mittel im Rahmen der Mautharmonisierung endlich besser abgeflossen als in den Jahren zuvor.

Sie lagen um 60 Millionen Euro über denen im Jahre 2016 und beliefen sich in 2017 auf 243 Millionen Euro. Die wichtigsten Gründe sind in einer verbesserten Qualität der Anträge, der schnelleren Bearbeitung/Auszahlung seitens des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) sowie vereinfachter Förderrichtlinien zu sehen.

Auch in diesem Jahr hat das BAG das Programm neu aufgelegt. Der Run auf die Fördermittel (Windhund-Prinzip) ist eröffnet. Unternehmen mit mautpflichtigen Fahrzeugen können noch bis Ende September ihre Förderanträge

für das De-minimis-Programm im Rahmen der Maut-Harmonisierung einreichen (<https://antrag-bvbs.bund.de>). Zuschüsse können für eine Vielzahl an Maßnahmen wie den Erwerb von Assistenzsystemen, von Zubehör für eine erhöhte Aerodynamik, den Erwerb von Energy-Reifen oder Maßnahmen zur Ausbildung von Berufskraftfahrern beantragt werden. Auch Sicherheits- und Berufsbekleidung, Software in Zusammenhang mit dem digitalen Tachografen und die Anbindung an Frachtenbörsen sowie Umwelt- und Sicherheitszertifizierungen sind förderfähig. Es winken sogar Zuschüsse für Praxisfahrtrainings sowie für Schulungen zur Schadenprävention. Und selbst wer einen mautpflichtigen Diesel-Lkw zum Elektro-Lkw umrüstet, kann dafür Fördergelder beantragen.

Buchvorstellung „Familie auf Europäisch“: Am 25. April stellt die Journalistin Katharina Strobel um 17 Uhr im Europäischen Informationszentrum Thüringen in Erfurt ihr Buch „Familie auf Europäisch. Liebe und Alltag zwischen den Kulturen“ vor. Veranstalter ist die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit der Stadt Erfurt und dem EIZ.

Service und Termine

★ VCÖ-Mobilitätspreis 2018

Wie kann im Verkehrsbereich auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert werden? Wie können Mobilität und Gütertransport klimaverträglich und sozial gerecht gestaltet werden? Egal ob Mobilitätsdienstleistungen, Projekte und Initiativen am Wohnort oder Arbeitsplatz, Konzepte und Ideen für nachhaltigen Verkehr oder Studien und Forschungsarbeiten: Der VCÖ-Mobilitätspreis möchte innovative Ansätze ins Rampenlicht setzen. Der Preis ist Österreichs größter Wettbewerb für nachhaltige Mobilität und wird vom Verkehrsclub Österreich (VCÖ) in Kooperation mit dem österreichischen Verkehrsministerium und anderen Partnern vergeben. Bis 10. Juni können auch nicht-österreichische Projekte, Ideen und Konzepte für eine Mobilität mit Zukunft eingereicht werden. Weitere Informationen und Einreichung der Projekte unter: www.vcoe.at/mobilitaetspreis

★ Freiwilligenstellen in Tschechien

Zum 1. Juli und 1. September werden junge Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland für einjährige Auslandsaufenthalte im Rahmen von „Erasmus+: Europäischer Freiwilligendienst“ gesucht. Insgesamt gibt es sechs verschiedene Einsatzstellen in Tschechien, die im Rahmen von Erasmus+ einen europäischen Freiwilligendienst anbieten. Weitere Informationen zu den Freiwilligenstellen und zur Bewerbung gibt es unter: <https://bit.ly/2HSbPEd>

★ Übersicht zur EU-Datenschutz-Grundverordnung

Das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht stellt kleinen Unternehmen und Vereinen Handreichungen zur Verfügung, um ihnen die wesentlichen Anforderungen der bald in Kraft tretenden Datenschutz-Grundverordnung kompakt und verständlich darzulegen. Die Übersichten stehen kostenfrei zum Download zur Verfügung. <https://www.lida.bayern.de/de/kleine-unternehmen.html>

★ NABiBB jetzt auf Twitter

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung hat einen Twitter-Kanal gestartet. Unter @nabibb_de finden Sie jetzt Neuigkeiten und Hintergrundinformationen zu den Themen Erasmus+ in der Berufs- und Erwachsenenbildung sowie zu weiteren Programmen.

★ Anmeldung für das Eurocamp 2018 geöffnet

Ab sofort können sich interessierte Jugendliche für das Eurocamp 2018 vom 13. bis 17. Juli in Sangerhausen bewerben. Das Eurocamp ist Sachsen-Anhalts größte internationale Jugendbegegnung. Bei gemeinsamer Arbeit und vielfältigen Freizeitaktivitäten erproben Jugendliche mit anderen Eurocamper*innen drei Wochen lang das Zusammenleben verschiedener Kulturen und lernen, was Europa lebendig und zukunftsfähig macht. Teilnehmen können Jugendliche von 18 bis 25 Jahren mit mindestens ein wenig Deutschkenntnis. Das Camp ist kostenlos, die Anreise wird bezuschusst. Bewerbungsfrist ist der 3. Juni. Mehr Infos unter: www.eurocamp-agsa.eu

★ Europäisches Kulturerbe erforschen & erleben

Unter dem Motto „Europäisches Kulturerbe erforschen & erleben“ stehen die Förderprogramme „Horizont 2020“, „Kreatives Europa – Kultur“ sowie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ im Mittelpunkt eines Thementages verschiedener europäischer Akteure am 21. Juni in Berlin. Neben einer Einführung in das Thema „Europäisches Kulturerbe“ wird aufgezeigt, welche Chancen und Perspektiven die drei EU-Programme für die Förderung des kulturellen Erbes auf europäischer Ebene bieten. Die Veranstaltung richtet sich sowohl an Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunen, Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, als auch an Kunst-, Kultur- und Medienschaffende, die in europäischen Kooperationen und Partnerschaften arbeiten (wollen). Anmeldeschluss ist der 31. Mai. Weitere Infos unter: <https://bit.ly/2HfJKoZ>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU